



Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.); Harald Bender, Norbert
Bernholt, Klaus Simon

Das dienende Geld

Die Befreiung der Wirtschaft vom Wachstumszwang

ISBN 978-3-86581-471-5

152 Seiten, 14,8 x 21 cm, 16,95 Euro

oekom verlag, München 2013

©oekom verlag 2013

www.oekom.de

Norbert Bernholt

Die Befreiung der Wirtschaftspolitik vom Wachstumszwang

Worum geht es in diesem Beitrag?

Die im vorherigen Kapitel aufgezeigten Rahmenbedingungen und Steuerungsmechanismen gingen von den einzelnen Akteuren, also den Unternehmen und Haushalten aus. In diesem Kapitel geht es um die Frage, wie eine Geld- und Wirtschaftspolitik zu gestalten ist, die sich systemisch in den Dienst einer nachhaltigen ökosozialen Wirtschaftsweise stellen will. Dabei wird auch die Rolle des Staates und dessen Finanzierung in einem Vollgeldsystem zu erörtern sein.

Vorüberlegungen

Bevor wir die Möglichkeiten der Geld- und Wirtschaftspolitik in einer neuen Ökonomie im Detail vorstellen und diskutieren, sind einige Voraussetzungen zu klären.

Das Kernanliegen der Wirtschaft

Zunächst sei noch einmal in Erinnerung gerufen, worin der eigentliche Sinn und Zweck des Wirtschaftens besteht. Da die Güter, die wir zum Leben benötigen, nicht wie Manna vom Himmel fallen, hat die Wirtschaft dafür zu sorgen, dass alle Menschen ausreichend und in einem als gerecht empfundenen Maße mit Gütern und Dienstleistungen versorgt werden.¹ Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist es zweckmäßig, einen Ordnungsrahmen und Steuerungsmechanismen zu entwickeln, aus denen sich sozusagen die Spielregeln für die Akteure ergeben. In den meisten europäischen Ländern dominiert gegenwärtig eine von kapitalistischen Prinzipien beherrschte Marktwirtschaft, die nach politischer Couleur der jeweiligen Regierung mit sozialen Elementen ergänzt werden. Ein Modell, das – wie wir meinen – dringend zur Diskussion gestellt werden muss.

Die notwendige Wertediskussion

Im Gegensatz zu einer marktliberalen Position halten wir es für notwendig, Werte und leitende Ziele zu benennen, denen wir uns verbunden fühlen und an denen sich unserer Ansicht nach die Wirtschaft und

die Wirtschaftspolitik zu orientieren haben.² Diese Werte und Leitziele sind nicht auf alle Ewigkeit in Stein gemeißelt, sie müssen in demokratischen Verfahren von der Gesellschaft bestimmt und ständig fortentwickelt werden. Da wir dieses demokratische Verfahren nicht vorwegnehmen können, werden wir hier Werte formulieren, die zu diskutieren unserer Ansicht nach lohnen würde. Mit der Postulierung des sogenannten Nachhaltigkeitsdreiecks gehen wir in diesem Text von einem Wertekodex aus, der mittlerweile von weiten Kreisen in Wissenschaft und Politik akzeptiert wird.³ Demnach soll die Produktion und Verteilung der Güter

- die Erhaltung und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage des Lebens (ökologische Nachhaltigkeit) gewährleisten,
- unter Achtung und Bewahrung der psychischen und physischen Gesundheit der Menschen sowie der gerechten Teilhabe (humane und soziale Nachhaltigkeit) stattfinden,
- dauerhaft zumindest eine kostendeckende Produktion für die Unternehmen (ökonomische Nachhaltigkeit) ermöglichen.

An dieser Stelle ist klar und eindeutig festzuhalten, dass wir die gegenwärtige, auf Kapitalmehrung und Gewinnerzielung orientierte Wirtschaftsweise nicht für geeignet halten, die mit dem Nachhaltigkeitsdreieck verbundenen Ziele und Werte umzusetzen. Wir widersprechen darüber hinaus der Behauptung, dass das Zusammenspiel des Marktmechanismus und der Orientierung der Unternehmen am Gewinn die bestmögliche Umsetzung des oben angeführten Kernanliegens bewirken könne. Wir sind der Ansicht, dass diese Auffassung letztlich zu einer Verwechslung von Ziel und Mittel führt. Das Mittel der Gewinnerzielung mausert sich zum Ziel und das eigentliche Ziel der optimalen Güterversorgung wird zum Mittel degradiert. In diesem Tausch scheint uns die eigentliche Ursache für die unüberschaubaren und katastrophalen Fehlsteuerungen unseres Wirtschaftssystems zu liegen.⁴ Eine neue Ökonomie muss sich von dem Dogma lösen, effizientes Wirtschaften sei nur über einen konkurrenzgetriebenen Markt und möglichst hohe

Gewinnmargen zu erreichen. Zahlreiche Forschungsergebnisse aus der jüngeren Zeit zeigen auf, dass Druck und materielle Anreize allenfalls kurzfristig motivieren können. Dauerhaft sind Menschen zu guten Leistungen nur bereit, wenn sie sich in ein soziales System eingebunden fühlen und als Mensch geachtet wissen.⁵ Die in der kapitalorientierten Wirtschaft praktizierte Monokultur, alle Produktions- und Verteilungsprobleme über einen auf Konkurrenz aufgebauten Markt zu lösen, wird in einer neuen Ökonomie in diversifizierte Steuerungsmechanismen, die sich aus den unterschiedlichen Eigentumsformen ergeben, überführt. Ein derartiges System wird in einigen Bereichen weniger Effizienz aufweisen,⁶ da aber Effizienz in vielen Bereichen (z.B. Gesundheitswesen, Bildungswesen) gar nicht das entscheidende Kriterium ist, sondern es vielmehr primär um Empathie, Sorgfalt, Solidarität oder Nachhaltigkeit geht, ist dies durchaus erwünscht. Eine neue, auf Diversität setzende Ökonomie ist flexibel und resilient,⁷ sie kann sich den jeweiligen Bedingungen schnell und flexibel anpassen.

Die zentrale Rolle des Eigentums in einer neuen Ökonomie

Schließlich möchten wir darauf hinweisen, dass eine neue Ökonomie von unterschiedlichen Eigentumsformen und den damit verbundenen Steuerungsmechanismen ausgeht. In Tabelle 1 sind mögliche Eigentumsformen und die daraus entstehenden Steuerungsmechanismen dargestellt. Wie zu zeigen sein wird, ergeben sich hieraus entscheidende Konsequenzen für wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse.

Eigentumsform	Beispiele/Güter	Mögliche Steuerungselemente
Privateigentum an Produktionsmitteln	Handwerk, kleine Unternehmen	Solidarischer Markt
Gesellschaftliches Eigentum	Boden, Rohstoffe, Schulen, Universitäten, öffentliche Netze, Daseinsvorsorge	Demokratische Willensbildungsprozesse
Gemeinschaftseigentum (Allmende)	Gruppengüter, Genossenschaften, Subsistenzgüter	Absprachen, Vereinbarungen
Eigentum eines Unternehmens	Unternehmen und Güter, die durch neutrales Kapital finanziert sind	Solidarischer Markt
Öffentliches Eigentum	Wissen, Patente (open access)	Keine Steuerung notwendig Jedermann zugänglich

Abbildung 1: Eigentumsformen in einer neuen Ökonomie

Für kleine und mittlere Unternehmen bis zu ca. 200 Beschäftigten wird weiterhin das Privateigentum die vorherrschende Form des Eigentums sein. In diesem Bereich ist der Markt grundsätzlich ein geeignetes Steuerungsinstrument. Diese Märkte sind häufig relativ klein, nicht anonym und somit noch überschaubar, sodass hier die an anderer Stelle beschriebenen Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten eines solidarischen statt auf Konkurrenz aufgebauten Marktes Anwendung finden.⁸

Überlässt die Gesellschaft dagegen den Produktionsfaktor Boden (Grundstücke, Rohstoffe, Natur, etc.) dem Privateigentum, handelt sie sich damit eine Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme ein. Da Grund und Boden von keinem Menschen geschaffen

wurden, sind Eigentumsansprüche schon aus einer sachlogischen Perspektive heraus sehr fragwürdig.⁹ Für diejenigen, die sich wie auch immer endliche und nicht erneuerbare Güter privat angeeignet haben, bringt dieses Eigentum zwar in der Regel ansehnliche Einnahmen, die Allgemeinheit wird aber gleichzeitig nicht nur von der Nutzung dieser von der Natur bereitgestellten Güter ausgeschlossen, sie trägt darüber hinaus noch einen erheblichen Teil der Kosten für die Bereitstellung der Güter. Die Erträge aus Boden sind gar nicht realisierbar, wenn dem nicht eine entsprechende, durch Steuern finanzierte Infrastruktur zur Seite gestellt wird. Eigentümer von Land oder von Rohstoffen fahren also Erträge ein, ohne dafür die entsprechende Gegenleistung bringen zu müssen, mehr noch, sie dürfen selbstverständlich kostenlos den ganzen Dreck, den sie verursachen, der Allgemeinheit vor die Füße werfen.¹⁰ In einer neuen Ökonomie muss es selbstverständlich sein, dass bei diesen Gütern die Allgemeinheit nach demokratischen Spielregeln über die Verwendung zu entscheiden hat. Wir haben für diese Form des Eigentums den Begriff des gesellschaftlichen Eigentums gewählt, da diese Güter der gesamten Gesellschaft, also allen Bürgerinnen und Bürgern gehören. Da diese Güter aber nur begrenzt vorhanden sind und nicht von allen Bürgerinnen und Bürgern gleichzeitig und beliebig häufig genutzt werden können, muss ein demokratisch verfassender Staat die Verteilung organisieren.

Eine große Zahl von Gütern kann in einer neuen Ökonomie innerhalb einer Allmende produziert und verteilt werden. Hier sind eine gelungene Gruppenkultur und konkrete Absprachen die wichtigsten Steuerungsinstrumente. Begleitend sind natürlich Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Form des Eigentums fördern.¹¹ Ähnliches gilt für eine Genossenschaft, jedenfalls, solange sie noch eine überschaubare Größe hat, die Genossen also noch in einem persönlichen Verhältnis zueinander stehen. Bei größeren Genossenschaften gelten eher die Regeln und Mechanismen für industriell arbeitende Großunternehmen.

Diese großen industriell arbeitenden Unternehmen wird es in der neuen Ökonomie weiterhin geben. Sie werden mithilfe des in Kapitel 2

beschriebenen Prozesses¹² sukzessive in partizipativ geleitete Unternehmen, die sich selber gehören, überführt. Derart verfasste Unternehmen bauen strukturell eher auf dem Prinzip der Kooperation als auf dem der Konkurrenz auf. Damit sind auch hier zentrale Voraussetzungen für einen solidarischen Markt gegeben.

Darüber hinaus wird es Güter geben, die wieder der gesamten Gesellschaft gehören, aber prinzipiell nicht begrenzt und nicht rival (wie etwa Rohstoffe) sind. Da sie jedermann und jederfrau zugänglich sein können, ohne einer anderen Person zu schaden, muss es für diese Güter keine Steuerungsmechanismen geben. Wichtige Beispiel für diesen Bereich wären Güter wie »Wissen« oder »Patente«.¹³ Die Tatsache, dass Wissen oder ein Patent kein privates Eigentum sind, bedeutet nicht, dass eine Person, die eine Erfindung gemacht oder ein Buch geschrieben hat, für diese Leistung kein Geld bekommen soll. Da sie hierfür Arbeitszeit aufgewendet hat, muss diese angemessen vergütet werden. Diese Person hat aber im juristischen Sinn keine weiteren Verfügungsrechte über das erstellte Produkt.

Aus den hier nur kurz vorgestellten Ausgangsüberlegungen zu einer neuen Eigentumsstruktur wird deutlich, dass in einer neuen Ökonomie ein bedeutender, wenn nicht sogar der überwiegende, Teil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nicht mehr über einen polypolistischen oder oligopolistischen Markt produziert bzw. verteilt wird. Es wird weite Bereiche geben, in denen Geld in Form einer Landeswährung mit den uns bekannten Funktionen gar nicht notwendig ist oder es die Akteure praktischer finden, die Landeswährung durch eine flexible Parallelwährung zu ersetzen. Es sind diverse Steuerungsmechanismen denkbar, die situationsgebunden eingesetzt werden können.

Damit ergeben sich vollkommen neue Anforderungen an eine Geld- und Wirtschaftspolitik, die nun nicht mehr darauf zu achten hat, ob eine Entscheidung vom Markt angenommen wird, sondern ob sie den spezifischen Gegebenheiten, die durch die Eigentumsstruktur bestimmt werden, gerecht wird.

Wirtschaftspolitische Zielsetzungen

Eine Wirtschaftspolitik, die sich den Werten des Nachhaltigkeitsdreiecks verpflichtet fühlt, muss zu einem anderen wirtschaftspolitischen Zielsystem kommen, als dies in der gegenwärtigen kapitalorientierten Wirtschaftsweise der Fall ist. Wir wollen an dieser Stelle diese neue Richtung vorstellen, um darauf aufbauend die neue Geld-Wirtschaftspolitik erläutern zu können.

Um den Paradigmenwechsel zu verdeutlichen, erinnern wir zunächst noch einmal an das gegenwärtig geltende Zielsystem, an das sich die Politik und die Wissenschaft gebunden haben.

In unserer jetzigen kapitalorientierten Wirtschaftsweise werden gemeinhin sieben Ziele der Wirtschaftspolitik genannt, die allerdings unterschiedlich stark gewichtet werden und zudem in sich widersprüchlich sind, das heißt, sie können nicht gleichzeitig verwirklicht werden.

Das zurzeit geltende Zielsystem

Nach offizieller Lesart haben bis heute die vier Ziele des Stabilitätsgesetzes von 1967 Gültigkeit:

Ziel 1: stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. Das Wachstum wird anhand der jährlichen prozentualen Veränderung des BIP gemessen. Nach gängiger Interpretation in den Lehrbüchern gilt das Ziel als erreicht, wenn Wachstumswerte zwischen drei bis vier Prozent erwirtschaftet werden.

Ziel 2: Vollbeschäftigung. Man geht nicht davon aus, dass in einer Volkswirtschaft ein hundertprozentiger Beschäftigungsgrad erreicht werden kann. Infolge von strukturellen Veränderungen oder auch von Wechseln des Wohnortes ist kurzfristige Arbeitslosigkeit unvermeidbar. Politiker und Volkswirte sprechen deshalb auch von Vollbeschäftigung, wenn die Arbeitslosenquote bei drei Prozent liegt. Der Indikator »Arbeitslosenquote« ist sehr umstritten, da er weite Bereiche des Arbeitsmarktes gar nicht erfasst.

Ziel 3: Geldwertstabilität. Dem Ziel der Geldwertstabilität wird im Euroraum sehr hohe Bedeutung beigemessen. In Anlehnung an das Modell der Deutschen Bundesbank ist für den Euroraum die EZB geschaffen worden, deren vornehmliches Ziel darin liegt, die Inflationsrate unter zwei Prozent zu halten. Die EZB entscheidet und handelt autonom, die Regierungen haben formell keine Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungen der EZB.

Ziel 4: Außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Formell soll der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Export und Import nahe null sein und nicht mehr als 1,5 Prozent des BIP betragen. Dieses Ziel wird in Deutschland jedoch kaum beachtet. Traditionell überschreitet die deutsche Wirtschaft diesen Wert und lässt sich auch gerne als Exportweltmeister feiern. Da der Export Arbeitsplätze schafft, unternimmt die Politik nichts, um den Zielwerten näherzukommen.

Ziel 5: Aufgrund der fortwährend zunehmenden Staatsverschuldung wurde mit der Einführung des Euro in den sogenannten Maastricht-Kriterien der Schuldenabbau als Ziel der Wirtschaftspolitik benannt. Es wurde eine maximale Staatsverschuldung von 60 Prozent des BIP und eine Nettokreditaufnahme von maximal drei Prozent des BIP vereinbart. Infolge der Finanzkrise haben fast alle Länder des Euroraums erhebliche Probleme, dieses Ziel zu erreichen. Nicht zuletzt durch die hohen Exportüberschüsse bildet Deutschland, was die Nettokreditaufnahme angeht, hier eine Ausnahme. Im Jahr 2011 hat der Deutsche Bundestag die Verschuldungsgrenze noch wesentlich verschärft und im Grundgesetz eine Grenze für die Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des BIP festgelegt. Diese Regelung tritt ab 2016 in Kraft.

Ziele 6 und 7: In keinem Gesetz verankert sind Ziele bezüglich einer gerechten Einkommensverteilung und eines schonenden Umgangs mit der Umwelt. Neben der Tatsache, dass sie sich kaum monetär erfassen lassen, ist die minderwertige Behandlung dieser Ziele wohl darauf zurückzuführen, dass eine Umsetzung zu erheblichen Konflikten mit den anderen Zielen führen würde. Diese Konflikte will die Politik mit dem Hinweis auf die sogenannten ökonomischen Sachzwänge

vermeiden. Eine Austragung der Konflikte könnte in der Tat systemgefährdende Auswirkungen haben.

Das Zielsystem in einer neuen Ökonomie

Da wirtschaftliche Prozesse in einer neuen Ökonomie nicht aus der Gesellschaft herausgenommen, sondern in die Gesellschaft eingebettet werden sollen, beziehen sich die makroökonomischen Ziele keineswegs nur auf monetäre Größen. Sie berücksichtigen ebenso wie die Nachhaltigkeitsbilanzen weitere Indikatoren zur Feststellung der wirtschaftlichen Leistung eines Landes. Da in der neuen Ökonomie nicht mehr der Spagat zwischen der Bedienung der Kapitalinteressen und den Interessen der Allgemeinheit vollzogen werden muss, können wir jetzt ein Zielsystem aufstellen, in dem sich die Ziele gegenseitig ergänzen und stärken. Mit der Entscheidung für das Ziel A behindern wir nicht mehr die Erreichung des Ziels B.

Wir beginnen die Beschreibung mit den Zielen, die sich aus dem Nachhaltigkeitsdreieck ergeben (Ziele 1-3). Um diese Ziele umsetzen zu können, werden anschließend weitere konkrete Ziele angeführt und erläutert (Ziele 4-10).

Ziel 1 – humane und soziale Nachhaltigkeit: Die wirtschaftlichen Prozesse sind so zu gestalten, dass für alle Menschen, die hierin eingebunden sind, die international anerkannten Menschenrechte Geltung haben. Hinter diesem Ziel steht der Anspruch, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen habe. Dies setzt voraus, dass die Menschen, die einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, in dieser Tätigkeit Sinn und Erfüllung finden können. Diese Tätigkeit muss ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit förderlich sein. Das Problem an dieser Zielformulierung besteht darin, dass sie sich nicht in einer Kennziffer erfassen lässt. Wenn wir allerdings den Anspruch erheben, dass sich Wirtschaft auf das ganze Leben bezieht, müssen wir auch Kennziffersysteme zulassen. Wir müssen nach geeigneten Zielgrößen und Indikatoren suchen, die man zur Operationalisierung des Ziels heranziehen kann. Bei diesem Ziel könnten solche Indikatoren beispielsweise aufgrund von stan-

dardisierten Befragungen, anhand von Krankheitstagen der Beschäftigten oder der Fluktuation errechnet werden. Ein weiteres Kriterium wäre natürlich, inwieweit Menschen sich veranlasst sehen, die Menschenrechte einzuklagen.

Ziel 2 – ökologische Nachhaltigkeit: Die wirtschaftlichen Prozesse sind so zu gestalten, dass die natürliche Umwelt dauerhaft erhalten werden kann. Mit diesem Ziel soll die Bewahrung unserer Lebensgrundlage gewährleistet werden, es ist somit ebenso wie das erste Ziel von existenzieller Bedeutung. Da es wiederum problematisch ist, ökologische Nachhaltigkeit in monetären Größen auszudrücken, schlagen wir auch hier vor, mehrere Indikatoren zu bestimmen. Hierzu könnte beispielsweise der ökologische Fußabdruck, die Treibhausgasemission oder die Bodenversiegelung zählen. Es ist anzustreben, dass man sich international auf einheitliche Indikatoren einigt, die unter Umständen in einer gewichteten Kennziffer zusammengefasst werden können.

Ziel 3 – ökonomische Nachhaltigkeit: Die wirtschaftlichen Prozesse sind so zu gestalten, dass sie den Unternehmen einen dauerhaften ökonomischen Bestand ermöglichen. Die Gesellschaft muss diese Bestandssicherung durch die Bereitstellung entsprechender Rahmenbedingungen gewährleisten. Wie bereits ausgeführt, schließt dieser Grundsatz nicht aus, dass einzelne Unternehmen scheitern. Scheitern ist ein Teil des Lernprozesses. Ein Unternehmen zu gründen und zu führen, sollte sich für die Menschen als eine reizvolle Möglichkeit der Lebensplanung darstellen.

Aus diesen drei Zielen leiten sich weitere mittelbare Ziele ab:

Ziel 4 – Reduktion: Eine Wirtschaft ist dann erfolgreich, wenn sie in einer Periode entsprechend der demografischen Entwicklung und der Umweltbelastung pro Kopf (gemessen beispielsweise mit dem ökologischen Fußabdruck oder der CO₂-Emission) die Zahl der produzierten und verkauften Güter um einen bestimmten Prozentsatz reduziert hat oder zumindest nicht hat ansteigen lassen. Wirtschaftssubjekte, die zu dieser Reduktion beigetragen haben, müssen hierfür Anreize erhalten.

Ziel 5 – Partizipation: Die Entscheidung darüber, was, wie viel und auf welche Art und Weise produziert wird, ist eine zentrale gesellschaftliche Angelegenheit. Die Menschen einer Gesellschaft müssen in diese Entscheidungen mit einbezogen werden, nicht nur dort, wo es Volkseigentum oder Gemeineigentum gibt, sondern auch dort, wo es um die Ausgestaltung eines solidarischen Marktes geht.

Ziel 6 – Die Einbindung aller Menschen in die wirtschaftlichen Arbeitsprozesse: In einer Ökonomie, die einen entschieden weiteren Arbeitsbegriff als den einer kapitalorientierten Ökonomie hat, bekommt der Begriff Vollbeschäftigung eine vollkommen neue Bedeutung. Arbeit in einer solidarischen Ökonomie kann sowohl die heute bekannte Erwerbsarbeit in einem Unternehmen sein, Arbeit kann aber auch gleichwertig in der Subsistenzwirtschaft stattfinden. Sie kann formal durch einen Arbeitsvertrag benannt werden, sie kann auch ehrenamtlich oder selbstständig sein. Prinzipiell sind alle Erwerbspersonen (also nach gängiger Statistik alle gesunden Menschen zwischen 15 und 65 Jahren) auch potenzielle Erwerbstätige. In diesem Sinne gibt es eine Pflicht zu arbeiten. Alle Menschen erhalten ein Grundeinkommen beispielsweise auf der Grundlage einer negativen Einkommenssteuer, dafür verlangt die Gesellschaft ein Engagement für die Gemeinschaft. Unter diesen Bedingungen wird es genug Arbeit für alle geben. Nicht zuletzt hat der Gesetzgeber noch das Instrument der Arbeitszeitsenkung zur Verfügung. Nun wird es nicht zu verhindern sein, dass es in einer solidarischen Ökonomie Menschen gibt, die auch unter diesem sehr weiten Arbeitsbegriff keine Arbeit bekommen wollen, es der Gesellschaft also nicht gelingt, sie in den solidarischen Wirtschaftsprozess einzubinden. Dieses wird die Gesellschaft akzeptieren müssen. Ausdrückbar ist dieser Wert in der auf neue Art und Weise zu berechnenden Arbeitslosenquote.

Ziel 7 – Geldwertstabilität: Sollte die Monetative zulassen, dass die Geldmenge dauerhaft stärker als die Gütermenge steigt, wird sich das negativ auf die Preisniveaustabilität auswirken. Da Geld aber weiterhin ein bedeutendes Mittel zur Wertaufbewahrung ist, bleibt die Gewähr-

leistung der Geldwertstabilität ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass das von ihnen aufbewahrte Geld auch nach x Jahren die gleiche Kaufkraft besitzt. Ein sinkender Wert des Geldes würde zunächst vor allem die unteren Einkommensschichten treffen und darüber hinaus zu ständigen Anpassungsmaßnahmen in der Außenwirtschaft führen. Wird das Ziel der Geldwertstabilität also nicht erreicht, wäre es einerseits wohl nötig, den Sparern einen Inflationsausgleich zu garantieren, und andererseits, durch Anpassungen des Wechselkurses die sinkende Geldwertstabilität auszugleichen. Beides ist möglich, führt aber zu fortwährenden Unsicherheiten und erfordert ständige aufwendige Korrekturmaßnahmen. Die Monetative muss somit dazu verpflichtet werden, für einen angemessenen Ausgleich zwischen der ausreichenden Geldversorgung und dem Ziel der Preisniveaustabilität zu sorgen. In diesem Punkt unterscheidet sie sich nicht vom Auftrag der EZB.

Ziel 8 – Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: An dieser Stelle sollen zwei Argumente zur Begründung dieses Ziels angeführt werden: Einmal spricht ein dauerhafter Exportüberschuss nicht für ein solidarisches Bewusstsein des betreffenden Landes. Der Wohlstand des exportierenden Landes entsteht ja wesentlich durch die Zahlungen aus den importierenden Ländern. Der zweite Grund für einen ausgeglichenen Außenbeitrag liegt in der oben erwähnten Geldmengensteuerung. Exporte blähen die Geldmenge auf, ohne einen gleichzeitigen Zuwachs der Gütermenge. Die Monetative kann diesen Zuwachs der Geldmenge nicht beeinflussen. Durch die Exporteinnahmen wird sozusagen ein Leck in dem nach Möglichkeit geschlossenen Geldkreislauf erzeugt. Dies ist jedoch undramatisch, wenn es gelingt, die Exporte (Geldzufluss) und die Importe (Geldabfluss) zumindest annähernd in einer Waage zu halten.

Ziel 9 – Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung: Die gesetzlichen Rahmenbedingungen in einer solidarischen Ökonomie zielen bereits auf eine ausgeglichene Verteilung der Einkommen und Vermögen hin. Die Einkommen aus Arbeit sind nach oben gedeckelt. Denkbar ist etwa, dass die Spitzengehälter nicht mehr als das 20-fache des gesetz-

lichen Mindestlohnes betragen dürfen. Da Geld nicht als Ware gehandelt wird, wird es auch kein Zinseinkommen geben. Es verbleibt das Einkommen aus Kapitaleinlagen im Unternehmen. Auch hier ist eine Deckelung nach oben sinnvoll. Es ergibt sich darüber hinaus aus der Unternehmensverfassung, dass keine großen Einkommen oder Vermögenszuwächse zu erwarten sind. Trotzdem sollte die Politik klare Ziele für eine Einkommens- und Vermögensverteilung formulieren und die Erreichung dieser Ziele in regelmäßigen Abständen überprüfen.

Ziel 10 – Ausgeglichener Staatshaushalt: Die Einhaltung dieses Ziels ist eine Selbstverständlichkeit für jeden Staat. In dem hier vorgestellten System sind keine großen Probleme bezüglich dieses Ziels zu erwarten. Die Zinsbelastung und ein großer Teil der Tilgungsverpflichtungen entfallen. Sofern die Regierenden sich nicht zu einer Politik der großen Geschenke entschließen, sind die Bedingungen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt außerordentlich günstig.

Im Folgenden möchten wir, ausgehend von einem modifizierten Geldbegriff, aus makroökonomischer Sicht die Instrumente und den dazu notwendigen Ordnungsrahmen einer alternativen, nicht kapitalorientierten Wirtschaftspolitik zur Diskussion stellen.

Das neue Geldsystem

Die Grundidee

Wie in dem Beitrag von Harald Bender ausführlich erläutert, muss in einem neuen Geldsystem die Verquickung von Geld und Schulden beendet werden. Diese Verquickung führt in einer Zeit, in der weit über 90 Prozent aller Transaktionen mit Giralgeld beglichen werden, zu einem nicht mehr kontrollierbaren Wildwuchs der Schuld- bzw. Gläubigerverhältnisse und einem damit verbundenen ständigen Anwachsen von Vermögen und Schulden. Die Lösung aus diesem Irrgarten kann nur in der Rückbesinnung auf die ursprünglichen Eigenschaften und Funktionen des Geldes liegen. Eine Volkswirtschaft benötigt Geld vor

allem als Instrument, um die Verteilung der zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren und Güter zu organisieren. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, muss das Geld beliebig teilbar, wertbeständig und ein von allen anerkannter Wertmaßstab sein. Reduziert man das Geld auf diese Kernfunktionen, ist Geld nicht mehr eine Ware, die an einem Markt gehandelt wird, sondern seinem Wesen nach nichts weiter als ein Instrument, um die oben genannten Aufgaben zu erfüllen. Jede Bürgerin, jeder Bürger muss über dieses Instrument verfügen können, um an dem gesellschaftlichen Leben in einer angemessenen Weise¹⁴ teilnehmen zu können. Kein Wirtschaftssubjekt darf prinzipiell von der Verwendung des Geldes ausgeschlossen werden. Die am besten geeignete Institution, die dieses Instrument in die Welt setzen oder, wie es in der Terminologie der Geldtheorie heißt, es schöpfen kann, ist eine staatliche Instanz unabhängig von Regierung und Parlament. Diese Idee ist nicht neu. Im Gegenteil, in den früheren Jahrhunderten gehörte es zu den selbstverständlichen alleinigen Rechten des Staates, das Geld zu schöpfen und den damit verbundenen Gewinn (Seignorage) für sich zu behalten. Allerdings versuchten immer wieder findige Bürger (hier ist die weibliche Form wohl fehl am Platze) dem Staat dieses Recht streitig zu machen. So gaben findige Kaufleute im Zuge der industriellen Revolution um 1800 privat Banknoten heraus und verdrängten staatliche Münzen als wichtigstes Zahlungsmittel. Der Staat reagierte daraufhin mit der Gründung von bis dahin nicht existierenden Nationalbanken, die das alleinige Recht erhielten, Banknoten herauszugeben. In der Folge gelang es in allen Ländern, Privatbanknoten nach und nach auszuschleusen zugunsten der neuen vom Staat herausgegebenen Zentralbanknoten.¹⁵ Mit dem privat geschaffenen Giralgeld würde nun ähnlich verfahren wie um 1800 mit den Banknoten. Das privat geschaffene Giralgeld der Geschäftsbanken würde sukzessive durch staatlich geschöpftes Vollgeld ersetzt. Damit würde die Zentralbank die im Verlauf des 20. Jahrhunderts verlorene Kontrolle über die Geldschöpfung zurückerhalten. Betrachtet man – bezogen auf Deutschland – die Entwicklung der nachfragewirksamen Geldmenge M3 und die des BIP über

einen längeren Zeitraum fällt auf, dass M3 in einem entschieden größeren Maße gewachsen ist, als das nominale BIP.

	M3	BIP	BIP/M3
1980	397,58	788,52	1,9
2011	2.419,84	2.592,60	1,07
Erhöhung in %	608,64%	328,79%	

(Quelle: Monatsberichte der EZB und eigene Berechnungen)

Abbildung 2: Entwicklung von M3 und BIP

Es stellt sich die Frage, warum die EZB diese die Stabilität des Geldwertes bedrohende Entwicklung zugelassen hat. Wie Klaus Simon in seinem Beitrag dargelegt hat, entspricht sie zwar den im Rahmen der Zwei-Säulen-Strategie vorgesehenen Wachstumsraten, es liegt allerdings die Vermutung nahe, dass in dem Konflikt zwischen dem Stabilitätsziel und den Renditezielen der Wirtschaft die EZB den Interessen der Kapitalgeber durchaus entgegengekommen ist. Die drohende Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen macht eine Zentralbank gefügig.

Außerhalb der Kontrolle der EZB ist dagegen offensichtlich die Entwicklung des Interbankengeldes. In diesem Bereich scheint sich die Geldschöpfung und Geldmenge ohne jegliche Kontrolle durch die Zentralbank zu entwickeln (vgl. hierzu Kapitel 1, S. 42ff). Private Geschäftsbanken schaffen vor allem über das Interbankengeschäft nahezu unbegrenzt Giralgeld. Die nicht existente Kontrolle der Zentralbanken im Interbankengeschäft dürfte damit entscheidend zur Blasenbildung auf den Finanzmärkten beigetragen haben. So umfasst der Finanzsektor heute ein Volumen von 5,22 Billionen, während dem Realsektor ganze 3,10 Billionen Euro zur Verfügung stehen.

Angesichts dieser Situation drängt sich die Renaissance eines von der Exekutive unabhängigen staatlichen Geldschöpfungsmonopols geradezu auf. Folgerichtig wird in der jüngeren Zeit von einigen Ökonomen (vgl. etwa Huber, Binswanger, Kumhof) das sogenannte Vollgeldkonzept wie-